

ing werde sich bemühen, mit diesen Ländern und ihren Völkern freundliche Beziehungen zu entwickeln und aufrechtzuerhalten.

(4) Die vierte "heiße Frage" betreffe das Verhältnis Chinas zu Korea, Israel und Südafrika.

Gegenüber Südkorea sollten wirtschaftliche und Nicht-Regierungs-Kontakte entwickelt werden; mit formellen "diplomatischen Beziehungen" müsse man sich Zeit lassen. Dies sei ein "Grundprinzip". Ferner müsse China weiterhin darauf bestehen, daß die ausländischen Truppen aus Südkorea abgezogen würden. China wolle auch alles unternehmen, um eine friedliche Wiedervereinigung Koreas herbeizuführen.

Was Israel anbelangt, so solle dieser Staat sobald wie möglich diplomatisch anerkannt werden, wie dies beim Staat von Palästina ja bereits geschehen sei. Man solle nicht vergessen, daß bei allen bisherigen Streitigkeiten vor der UNO Israel stets für die VRCh gestimmt habe. Vielleicht komme es zum Austausch diplomatischer Beziehungen schon im Laufe des Jahres 1991.

Auch mit Südafrika wolle China seine Beziehungen verbessern, sobald dort klare Verhältnisse in der Apartheidpolitik geschaffen seien. -we-

\* (5)

**Applaus für den gesonderten Beitritt der beiden koreanischen Staaten zur UNO**

Am 17. September wurden die beiden koreanischen Staaten als zwei neue Mitglieder in die UNO aufgenommen. China begrüßte diesen Schritt und wies darauf hin, daß es das Verdienst des nordkoreanischen Präsidenten Kim Ilson gewesen sei, diese Lösung herbeizuführen. Er habe den Vorschlag "Eine Nation, ein Land, zwei Systeme, zwei Regierungen" gemacht, damit die Wiedervereinigung auf der Basis eines föderativen Systems verwirklicht werden könne (dazu Ministerpräsident Li Peng in einem Interview, XNA, 14.6.91).

Mit Südkorea wolle man einstweilen nur nichtoffizielle und kommerzielle Beziehungen unterhalten. Die Frage

einer diplomatischen Anerkennung Koreas stehe einstweilen nicht zur Diskussion.

Auch Taiwan hatte einen auf China bezogenen Wiedervereinigungsvorschlag gemacht, der den Vorstellungen Kim Ilsons nahekommt. So begeistert sich Beijing über den Vorschlag Kims zeigte, so ablehnend verhielt es sich andererseits gegenüber der vergleichbaren Idee Taibais: Von zwei Regierungen könne in China auf keinen Fall die Rede sein, sondern lediglich von "zwei Systemen" innerhalb "eines Landes". In Taiwan gebe es leider immer noch "gewisse Leute, die nach einem unabhängigen politischen Gebilde strebten, das der Zentralregierung gleichgestellt sein soll, so daß dann ein Zustand hergestellt würde, der auf die Formel "Ein China, zwei Regierungen" gebracht werden könne. Letztlich gehe es damit um die Errichtung von "zwei China" oder von "einem China und einem Taiwan"; eine solche Lösung aber sei für Beijing und das chinesische Volk inakzeptabel. -we-

## Innenpolitik

\*(6)

**28 von 30 Provinzeinheiten von Naturkatastrophen betroffen: Verheerende Schäden durch Überschwemmungen**

28 von 30 Provinzeinheiten wurden bis Ende Juli in diesem Jahr von Naturkatastrophen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen, berichtete die Nachrichtenagentur *Xinhua* am 24. August (XNA, 25.8.91). Allein durch Überschwemmungen wurden 220 Mio. Menschen betroffen, von denen 2.295 den Tod fanden und rund 50.000 verletzt wurden. Die wirtschaftlichen Verluste beliefen sich bis zum 1. August auf insgesamt 68,5 Mrd. Yuan RMB. Anderen offiziellen Angaben zufolge wurden insgesamt 19,3 Mio. Menschen in sehr schwerwiegendem Ausmaß von den Fluten geschädigt. Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um die Bewohner der 2,9 Mio. zerstörten Häuser, die nun obdachlos sind (ebenda; CNA, 1.9.91, S. 5).

Die weitaus größten Schäden verursachte die verheerende Überschwemmungskatastrophe, die Ende Mai einsetzte und 18 Provinzen heimsuchte, darunter vor allem Anhui, Jiangsu, Hubei, Sichuan, Henan und Guizhou. Allein in diesen sechs Provinzen wurden 182 Mio. Menschen von den Fluten betroffen, von denen 1.758 den Tod fanden und 46.133 verletzt wurden. Dort wurden 35,56% der landwirtschaftlichen Anbauflächen überschwemmt, während es landesweit 13,59% waren (nach CNA, 1.9.91, S. 5). (Siehe auch C.a., Juni 1991, Ü 25; C.a., Juli 1991, Ü 38).

Die oben genannten Zahlenangaben sind jedoch vorläufig und wahrscheinlich unvollständig. Dies geht auch aus Zahlen hervor, die in zwei Hongkonger Zeitschriften unter Berufung auf interne Dokumente veröffentlicht wurden:

*Zhengming* zufolge sollen in einem internen Bericht des ZK-Hauptbüros vom 15. Juli folgende Angaben enthalten sein:

- 230 Mio. von den Überschwemmungen betroffene Personen;
- über 80 Mio. obdachlos gewordene Menschen;
- annähernd 100.000 Tote, Verletzte und Vermißte (Stand vom 12.7.; am 8.7. waren es noch 55.000);
- 45 Mrd. Yuan RMB wirtschaftliche Schäden. (Nach *Zhengming*, August 1991, S. 6)

*Dongxiang* zufolge sollen in einem internen Bericht des Staatsrats vom 30. Juli folgende Angaben enthalten sein:

- Rund 200 Mio. von den Überschwemmungen betroffene Personen;
- über 40 Mio. besonders schwerwiegend geschädigte Personen;
- über 8 Mio. Personen, die ihre Heimorte verlassen haben und in benachbarte Städte geflüchtet sind;
- 800.000 vermißte, erkrankte, verletzte und verstorbene Personen;
- 140 Mrd. Yuan RMB wirtschaftliche Schäden. (Nach *Dongxiang*, August 1991, S. 11)

-sch-

**\*(7)  
Politische Führung fordert ausreichende Versorgung der Bevölkerung in den Überschwemmungsgebieten**

Chinas politische Führung befürchtet offenbar schwerwiegende Versorgungsschwierigkeiten in den von Überschwemmungen heimgesuchten Provinzen. So forderte der stellvertretende Ministerpräsident und Direktor der neugebildeten Nationalen Führungsgruppe zur Unterstützung der Katastrophengeschädigten, Tian Jiyun, daß in den Katastrophengebieten jedem Einwohner pro Tag 500 Gramm Getreide zur Verfügung gestellt werden müßten, und zwar bis zur Getreideernte im kommenden Jahr. Es müsse verhindert werden, daß Menschen verhungerten oder erfrieren. Tian forderte auch wirksame Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Epidemien und gegen die Flucht von großen Menschenmengen aus den Katastrophengebieten in andere Landesteile. (RMRB, 8.8.91)

Das ZK-Organ *Volkszeitung* wies in einem Kommentar vom 8. August darauf hin, daß für das Volk eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln von allerhöchster Bedeutung sei (min yi shi wei tian). Wesentlich direkter wies der Ständige Ausschuß des Parteikomitees der Provinz Hubei auf die politische Bedeutung der Nahrungsmittelversorgung hin: "Wir müssen sicherstellen, daß in diesem Jahr keiner an Hunger stirbt... Der Kampf gegen Naturkatastrophen und die Vergabe von Katastrophenhilfe sind wichtig für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität. Es handelt sich dabei sowohl um einen wirtschaftlichen als auch um einen politischen Kampf." (Radio Hubei, 8.8.91, in SWB, 19.8.91) -sch-

**\*(8)  
Nationale Führungsgruppe zur Unterstützung der Katastrophengeschädigten gebildet**

Auf Beschluß des Staatsrats ist innerhalb der Regierungszentrale eine Nationale Führungsgruppe zur Unterstützung der Katastrophengeschädigten (quanguo jiu zai gong zuo ling dao xiao zu) gebildet worden. Zum Leiter der Führungsgruppe wurde der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun ernannt. Zu stellvertretenden Leitern wurden die Staatsratskommissare Li

Tieying (gleichzeitig Vorsitzender der Zentralen Erziehungskommission) und Chen Junsheng sowie der Generalsekretär des Staatsrats Luo Gan berufen. Weitere Mitglieder der Führungsgruppe sind leitende Funktionäre der mit der Katastrophenhilfe befaßten Ministerien und Organe des Staatsrats. Die Geschäftsstelle der Führungsgruppe ist innerhalb des kürzlich neugeschaffenen Produktionsbüros der Staatsrats untergebracht. Zum Leiter der Geschäftsstelle wurde Zhao Weichen ernannt, der gleichzeitig stellvertretender Direktor des Produktionsbüros ist. (RMRB, 6.8.91)

Einem Artikel in der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* zufolge soll außerdem noch eine Zentrale Führungsgruppe zur Katastrophenhilfe und zur Verhinderung von Epidemien (guojia jiu zai fang bing ling dao xiao zu) gebildet worden sein. Dieser Führungsgruppe soll Li Tieying vorstehen. (Dongxiang, August 1991, S. 11)

Die Bildung der beiden oben genannten Führungsgruppen geht auf entsprechende Beschlüsse des Politbüros zurück, das im Juli allein dreimal zusammengetreten sein soll, um über die Katastrophenhilfe zu beraten (ebenda).

Allgemein sind folgende Staatsorgane für den Hochwasserschutz zuständig:

- Das Ministerium für Wasserwirtschaft (shuili bu) unter Yang Zhenhuai,
- das Zentrale Oberkommando für Hochwasserschutz (guojia fang xun zong zhi hui bu) unter der Leitung von Tian Jiyun und
- das Komitee für den Schutz des Oberlaufs des Yangzi (guowuyuan Changjiang shang you shui tu bao chi wei yuan hui) unter Zhang Haoruo.

**\*(9)  
Über 1 Mio. VBA-Soldaten im Einsatz gegen Überschwemmungen**

Bei der Katastrophenhilfe kommt der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) schon traditionell eine besondere Aufgabe zu, wobei ihr Einsatz bei Katastrophen nationalen Ausmaßes auf Beschluß der Parteizentrale von

der ZK-Militärkommission angeordnet wird. Zur Bekämpfung der Überschwemmungen und zur Beseitigung ihrer Folgen sollen in diesem Jahr 1,2 Mio. VBA-Soldaten aus den Militärregionen Jinan, Nanjing, Chengdu und Guangzhou eingesetzt worden sein, berichtete die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* (August 1991, S. 6). In den chinesischen Massenmedien wurde ausführlich und an prominenter Stelle von den Einsätzen der VBA berichtet. Damit soll offenkundig dem schlechten Ansehen der VBA unter Teilen der Bevölkerung entgegen gewirkt werden, das nach dem blutigen Militäreinsatz gegen die Protestbewegung Anfang Juni 1989 entstanden war. -sch-

**\*(10)  
Proteste und "konterrevolutionäre" Vorfälle in den Überschwemmungsgebieten**

In den Überschwemmungsgebieten, vor allem in den am stärksten betroffenen sechs Provinzen, soll es ab Juni 1991 zu einer Vielzahl von politisch motivierten Protestaktionen und "konterrevolutionären" Vorfällen gekommen sein. Dies berichtete Luo Bing, einer der führenden Journalisten der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* unter Berufung auf interne Berichte der KPCh-Zentrale und persönliche Informationen. Demzufolge fanden bis Ende Juli in über 140 Bezirken und Kreisen Demonstrationen und Sitzblockaden statt, die sich gegen lokale Partei- und Regierungsorgane richteten.

Bis zum 25. Juli kam es in den Katastrophengebieten zu über 5.000 Zwischenfällen, die in direktem Zusammenhang mit den Überschwemmungen stehen. Als besonders schwerwiegende wurden folgende genannt:

- Plünderung von Eigentum der Flutopfer.
- Raub von Hilfsgütern.
- Zusammenrottung zum Zweck der gewaltsamen Öffnung der staatlichen Speicher und ihrer Plünderung: In den Provinzen Anhui und Hubei ereigneten sich fünf solcher Fälle.

- Belagerung, Körperverletzung und Verjagung von Führungskadern von Partei und Staat,
- lokale bewaffnete Zusammenstöße usw.

Von Ende Juni bis Ende Juli sollen sich in den Überschwemmungsgebieten über 2.800 "konterrevolutionäre Zwischenfälle" ereignet haben, darunter folgende:

- In Hubei und Guizhou wurden drei Gefängnisse angegriffen, [um wahrscheinlich deren Insassen zu befreien] mit dem Ziel, einen "regierungsfeindlichen Aufstand zu inszenieren". Bei der Niederschlagung der Unruhen in Sinan und Jinping in der Provinz Guizhou sollen die VBA-Truppen über 30 "schlechte Elemente" getötet haben.
- In Anhui, Henan und Sichuan griffen aufgebrachte Menschenmengen Gebäude der örtlichen Sicherheitsorgane und der Bewaffneten Volkspolizei an, plünderten Waffen und setzten Regierungsgebäude in Brand.
- In mehreren Provinzen wurden Sprengstoffanschläge auf verschiedene zivile und militärische Einrichtungen verübt.
- In mindestens drei Provinzen gründeten von den Fluten betroffene Bewohner oppositionelle Organisationen, wie den "Bewaffneten Selbstverteidigungstrupp zur Verteidigung von Haus und Hof", das "Provisorische Komitee zur Unterstützung der Katastrophengeschädigten" und die "Eisenbahn-Guerilla". An einigen Orten wurden unabhängige "Volksgerichte" eingerichtet.

Als eine wichtige Ursache für die Unruhen unter Teilen der von der Überschwemmungskatastrophe betroffenen Bevölkerung wird von Luo Bing das korrupte Verhalten einer Reihe von leitenden Funktionären selbst während der Flutkatastrophe genannt: Sie sollen sich, wie ein internes Rundschreiben des Staatsrats bestätigt, zunächst um die Rettung ihrer Familienangehörigen und Freunde gekümmert haben (zu ihnen soll auch Yao Yilin, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und stellvertretender Ministerpräsident

gehören). Andere Kader ließen sich eine bevorzugte Rettung und Unterbringung fremder Personen teuer bezahlen. Wiederum andere Funktionäre veruntreuten Hilfsgelder und -güter. Wegen dieser Verfehlungen wurden bereits über 140 lokale Führungskader von ihren Posten entfernt, über 40 von ihnen wurden sogar festgenommen. (Zhengming, August 1991, S. 6-9; Dongxiang, August 1991, S. 11-12)

#### \*(11) Produktionsbüro des Staatsrats etabliert

Im Juli 1991 wurde auf formalen Beschluß des Staatsrats das Produktionskomitee des Staatsrats (guowuyuan shengchan weiyuanhui) aufgelöst und statt dessen das Produktionsbüro des Staatsrats (guowuyuan shengchan bangongshi) eingerichtet. Zum Direktor des Büros wurde der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji ernannt.

Das Produktionsbüro des Staatsrats ist ein Verwaltungsorgan des Staatsrats, das die Arbeit der Wirtschaftskommissionen (bzw. Planungs- und Wirtschaftskommissionen) und der Produktionskomitees auf Provinzebene fachlich anleitet, die Produktionsarbeit von Industrie und Verkehr der betreffenden Abteilungen des Staatsrats organisatorisch koordiniert und die Betriebe der Industrie und des Verkehrswesens makroökonomisch reguliert, kontrolliert und anleitet. Zu seinen Hauptaufgaben zählt die Teilnahme an der Ausarbeitung der Jahrespläne für Produktion, Materialverteilung und Transport und die Kontrolle über die Erfüllung dieser Pläne. Diese und weitere Aufgaben des Produktionsbüros (siehe RMRB, 17.7.91) ähneln sehr stark den früheren Aufgaben der 1988 aufgelösten Zentralen Wirtschaftskommission. Nach Informationen Hongkonger Zeitungen soll das Produktionsbüro im nächsten Jahr zu einer neuen Zentralen Wirtschaftskommission aufgewertet werden (Jingji daobao, Hongkong, 29.7.91, in SWB, 29.7.91; SCMP, 29.7.91 und 11.8.91).

Mit seiner Ernennung zum Direktor des Produktionsbüros des Staatsrats ist der frühere Shanghaier Bürgermeister Zhu Rongji neben Planungschef Zou Jiahua zum wichtigsten Wirtschaftspolitiker Chinas aufgestiegen. -sch-

#### \*(12) ZK-Stellenplankommission unter Leitung von Li Peng eingerichtet

Nach einem Bericht der der KPCh nahestehenden Hongkonger Zeitschrift *Guangjiaojing* (Weitwinkel) ist kürzlich in der KPCh-Zentrale die ZK-Stellenplankommission (zhongyang jigou bianzhi weiyuanhui) eingerichtet worden. Hauptaufgabe der Kommission soll sein, die Stellenpläne der Partei- und Staatsorgane der Zentrale und auf Provinzebene neu zu ordnen. Dadurch sollen die Führung durch die Zentrale gestärkt und die Stellenpläne von der Provinzebene an aufwärts vereinheitlicht werden. Die konkrete personelle Besetzung von Stellen dürfte jedoch nach wie vor bei der ZK-Organisationsabteilung liegen.

Zum Direktor der ZK-Stellenplankommission wurde Ministerpräsident Li Peng ernannt. Sein Stellvertreter wurde der Direktor der ZK-Organisationsabteilung, Song Ping. Beide Politiker sind Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, was die Bedeutung der neu gebildeten ZK-Stellenplankommission unterstreicht. (Guangjiaojing, August 1991, S. 6-7)

Die Besetzung der beiden wichtigsten Personalorgane der KPCh-Zentrale mit Vertretern der Sowjetmodell-Sanierer zeigt die gegenwärtige Stärke dieser Gruppierung im Vergleich zu den Reformkräften. -sch-

#### \*(13) Entschlossener Kampf gegen Korruption oder "Selbstzerstörung" der KPCh

Der stellvertretende Sekretär der Zentralen Disziplinungskontrollkommission Chen Zuolin hielt am 3. August auf einer Versammlung von Leitern von Disziplinungskontrollgruppen innerhalb der zentralen Partei- und Staatsorgane eine Rede, in der er erneut die Forderung erhob, daß die Zentrale bei der Bekämpfung der Korruption mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Besonders wichtig sei es, sich auf die Untersuchung und Bestrafung der großen Korruptionsfälle zu konzentrieren (RMRB, 4.8.91). In der Vergangenheit war der Partei von Kritikern immer wieder vorgehalten worden, daß nur die 'kleinen Fische' in den Provinzen belangt würden, nicht aber die 'großen Fische' in der Zentrale. -sch-

Die Nachrichtenagentur *Xinhua* berichtete ergänzend, Chen Zuolin habe auch erklärt, daß der Arbeitsstil einer herrschenden Partei von entscheidender Bedeutung für ihr eigenes Überleben sei. Wenn sich die Korruption [weiterhin] ungehemmt ausbreite, werde die Partei auf ihre Selbsterstörung hinsteuern [sic!]. (*Xinhua*, nach Radio Beijing, 3.8.91, in SWB, 7.8.91) Bezeichnenderweise druckte das ZK-Organ *Volkszeitung* diese sehr kritischen Worte von Chen Zuolin nicht ab.

Einige Gerichtsurteile der letzten Zeit lassen vermuten, daß sich die Parteizentrale im Kampf gegen die Korruption zu einem härteren Vorgehen auch gegen relativ hochrangige Kader durchgerungen hat:

- Am 18. Juli 1991 wurde der frühere Parteisekretär des Beijinger Eisen- und Stahlwerks Guan Zhicheng wegen passiver Bestechung und Unterschlagung zum Tode verurteilt. Guan hatte in einem Zeitraum von drei Jahren insgesamt 1,41 Mio. Yuan RMB an Bestechungsgeldern kassiert und über 80.000 Yuan RMB veruntreut. Mit dem Geld hatte er sich vier Häuser gekauft und zwei Geliebte gehalten. (SCMP, 19.7.91; XNA, 19.7.91)

- Zusammen mit Guan Zhicheng wurden auch noch sechs weitere Kader wegen Bestechlichkeit und Veruntreuung zum Tode verurteilt (ebenda).

- Im August wurde der frühere Direktor des Büros für öffentliche Sicherheit des Kreise Yingde (Provinz Guangdong) Zhang Wenlie wegen Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 188.594 Yuan RMB und wegen Veruntreuung von 2.000 Yuan RMB zum Tode verurteilt (XNA, 22.8.91).  
-sch-

---

## Kultur

---

\*(14)

**Neuer Versuch, Kultur, Erziehung und Wissenschaft auf die Parteilinie einzuschwören**

Die Rede des Parteivorsitzenden Jiang Zemin, die er am 8. Juli zum 70. Jahrestag der KP-Gründung hielt (s. C.a.

Juli 1991, Ü 10), erweist sich im Kulturbereich zunehmend als ein Hebel zur Durchsetzung einer rigiden Politik, die praktisch den gesamten Kultur-, Erziehungs- und Wissenschaftssektor noch stärker als bisher wieder der Parteipolitik unterordnen will. Jiang verschaffte dieser Tendenz noch ein zusätzliches Moment mit einem programmatischen Artikel, in dem er fordert, "Wissenschaft und Technik umfassende Aufmerksamkeit (zu) schenken und tatkräftig (zu) entwickeln" (GMRB, 10.8.1991). Jiang knüpfte hier an die von Deng Xiaoping aufgestellte These an, wonach Wissenschaft und Technik die erste Produktivkraft darstellen. Diese These, die den Spagat zwischen technischer Modernisierung des Landes und Beibehaltung der alten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen versucht, wird von Jiang als marxistische Auffassung ausgegeben, die es gründlich zu verstehen gelte. Dabei bedürften Technik und Wissenschaft in ihrer Entwicklung korrekter Leitgedanken, einer korrekten Richtung und überhaupt der Führung der Partei.

Fast den ganzen August über erschienen daraufhin Berichte von Kulturschaffenden, die in verschiedenen Orten "Diskussionsveranstaltungen" zur Juliredede Jiang Zemin abhielten und einander nun im Lobpreis der Rede und ihrer historischen Bedeutung zu übertreffen versuchten. Im Stil dieser Berichte und Bekenntnisse ist kaum noch ein Unterschied zu ähnlichen Äußerungen aus der Mao-Zeit auszumachen. Einzig Marx, Engels, Lenin, Mao und Deng werden zitiert, und die formelhaften Darlegungen mancher Artikel stimmen passagenweise fast wörtlich überein. Die beiden wichtigsten Punkte, um die es geht, faßt die Überschrift gesammelter Lobpreisungen von Kulturschaffenden Pekings zusammen: "Dem Kampf auf ideologischem Gebiet umfassende Aufmerksamkeit schenken und eine sozialistische Kultur chinesischer Prägung schaffen" (GMRB, 14.8.1991). All dies zielt in erster Linie gegen die seit längerem beklagten Einflüsse des "bürgerlichen Liberalismus" und die Gefahr einer dadurch ausgelösten "friedlichen Evolution". Analog zum "langwierigen Krieg" (gegen Japan), dessen Theorie einst Mao entwickelte, ist nun von einem "langwierigen Kampf" gegen die Liberalisierung die Rede, ohne daß sich freilich Überlegungen dazu fän-

den, wie denn dieser Kampf zu gewinnen sei. Auch die schulische Erziehung muß selbstverständlich in diesen Kampf eingespannt werden (GMRB, 22. und 24. 8.1991), und zur Stärkung des sozialistischen Schüler- und Studentenbewußtseins finden dann Arbeitseinsätze während der Sommerferien statt, während 3.000 Schüler und Studenten aus Yunnan den Spuren des Langen Marsches von 1933/34 folgen (GMRB, 19.8.1991). Von ähnlich kampagnenhaftem Zuschnitt sind die zahlreichen Artikel, welche ihre Zustimmung zur These von Wissenschaft und Technik als erster Produktivkraft kundtun (z.B. GMRB, 18.8.1991).

Um alle bestehenden Zweifel auszuräumen, daß nur die Partei die Geschicke Chinas zu lenken vermag, werden gleichzeitig die einstigen Ruhmes-taten der KP und ihrer Führer neu ins Bewußtsein gebracht. So hoben praktisch alle Spitzenpolitiker, darunter Jiang Zemin, Li Peng und Yang Shangkun, den erzieherischen Wert eines Filmepos über die große Huaihai-Schlacht im Bürgerkrieg 1948 hervor (GMRB, 10.8.91); eine Woche später fordert ein Zeitungsartikel: "Mit leuchtendem Banner die ruhmreiche Parteilgeschichte propagieren!" (GMRB, 16.8.1991), und auf dem Buchmarkt erschien ein Helden- und Märtyrerlexikon für Kinder und Jugendliche (GMRB, 8.8.1991).

Praktische Auswirkungen der verschärften Gangart hat vor allem die Unterhaltungsindustrie zu gewärtigen. Auf einer nationalen Arbeitskonferenz über sozialistische Kultur wurden Verordnungen angekündigt, die die staatliche Kontrolle von Bars, "illegalen Aufführungen" und dem Verkauf von Kunst erleichtern sollen. In diesem Sinne wurde an einem Ort bereits die Produktion von T-Shirts polizeilich unterbunden, die mit "ungesunden Slogans" bedruckt waren. Zu diesen zählen schon so harmlose, offenbar als individualistisch angesehe Sprüche wie: "Ich versuche nur, meine Familie zu ernähren" (SCMP, 5.8.1991).

Während diese neue Kältewelle auf ideologischem Gebiet vielfach an die Mao-Ara erinnert, gibt es doch signifikante Unterschiede. Auffällig ist besonders das Fehlen von Massenveranstaltungen. Auch wird nicht behauptet, daß alle Kulturschaffenden oder auch nur deren große Mehrheit sich begei-